

Die Wirtschaft guckt in die Röhre

Forschung und Entwicklung. Die deutsche Wirtschaft investiert so viel Geld wie nie zuvor in Forschung und Entwicklung. Doch um zur internationalen Technologiespitze aufschließen zu können, fehlt es den Unternehmen an Unterstützung. Nicht zuletzt verzichtet die öffentliche Hand – im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern – auf eine steuerliche Förderung.

Ob neue Diabetes-Medikamente oder autonome Autos – Innovationen fallen nicht vom Himmel, son-

dern sind das Ergebnis jahrelangen Ausprobierens, Verwerfens und Weitersuchens. Während der Staat ein

Drittel der Forschungsaufwendungen in Deutschland stemmt, stammen rund zwei Drittel von den Unternehmen.

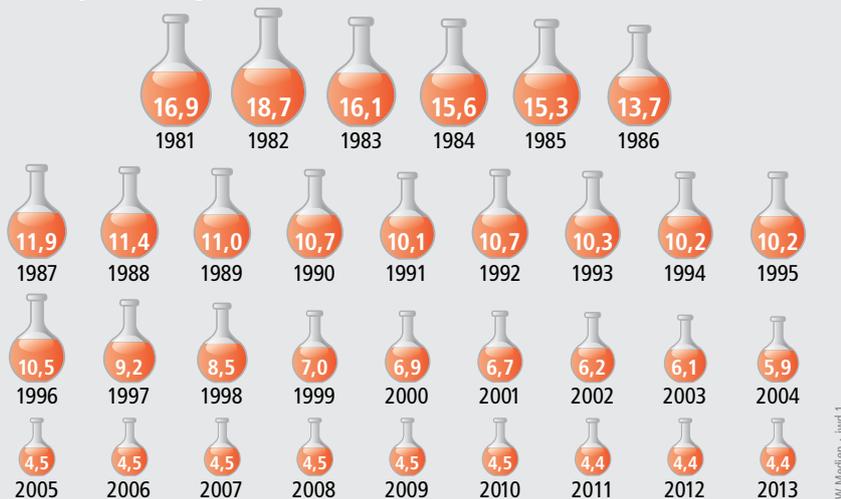
Laut Stifterverband hat die deutsche Wirtschaft im Jahr 2014 die Rekordsumme von 57 Milliarden Euro in die Forschung und Entwicklung (FuE) gesteckt – 6,4 Prozent mehr als 2013.

Weitere 16 Milliarden Euro flossen in die externe Auftragsforschung, das ist doppelt so viel wie vor zehn Jahren. Einen Spitzenwert erreichte auch die Zahl der Forscher: Die deutschen Unternehmen beschäftigen umgerechnet rund 372.000 Vollzeit-Tüftler.

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) belaufen sich die FuE-Aufwendungen der deutschen Wirtschaft auf 1,9 Prozent. Das ist deutlich mehr als der Mittelwert der EU-Länder, die auf 1,2 Prozent kommen. Die Forschungsstärke Deutschlands schlägt sich unter anderem in den Patentstatistiken nieder: Nur die USA und Japan haben 2014 mehr Patentanmeldungen →

Forschende Unternehmen: Zusehends auf sich allein gestellt

Mit so viel Prozent beteiligte sich in Deutschland der Staat an den Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Wirtschaft



Quelle: OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien · iwd 1

Inhalt

Wirtschaftswachstum.

Um die Nachfrage im Euro-Raum anzukurbeln, fordern renommierte Ökonomen mehr Inflation und höhere Staatsausgaben. Zu Recht? Seite 3

IW-Verbandsfrage 2016.

Die Mehrzahl der deutschen Wirtschaftsverbände rechnet mit einem Produktionsplus, allerdings nicht mit einem Beschäftigungszuwachs. Seite 4-5

Geldpolitik.

Die Europäische Zentralbank hat Probleme, einen umfassenden Preisrückgang zu verhindern. Seite 6

Asylbewerber.

Je schneller die Zuwanderer fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden, desto eher sinken die Kosten für die Flüchtlingshilfe. Seite 7

Investitionsgüterhersteller.

Die deutschen Produzenten blicken mit gedämpfter Zuversicht auf das neue Jahr. Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ beim Europäischen Patentamt eingereicht als die Bundesrepublik.

Trotz dieser beeindruckenden Zahlen läuft am Forschungsstandort Deutschland längst nicht alles rund:

Statt sich mit dem Durchschnitt zu vergleichen, sollte sich die Bundesrepublik besser an den relevanten Konkurrenten im Technologiebereich orientieren.

In Südkorea, Japan und Finnland zum Beispiel investieren die Betriebe deutlich mehr in die Entwicklung neuer Technologien und Produkte als die deutsche Wirtschaft.

Die größte Volkswirtschaft Europas ist auch deshalb im Rückstand, weil die Unternehmen bei ihren Forschungsaktivitäten deutlich weniger gefördert werden als die Konkurrenz in anderen Ländern. So konzentriert sich die staatliche Forschungsförderung in Deutschland zunehmend auf den Wissenschaftssektor – also auf Hochschulen, außeruniversitäre Forschungsinstitute und bundeseigene Forschungseinrichtungen. Während hier seit einigen Jahren mit der „Exzellenzinitiative“ und dem „Pakt für Forschung und Innovation“ etliche Milliarden Euro zusätz-

lich investiert werden, koppelt sich die öffentliche Forschungsförderung von der Wirtschaft mehr und mehr ab (Grafik Seite 1):

Seit 1981 ist der Finanzierungsanteil des Staates an den FuE-Aufwendungen der Wirtschaft drastisch gesunken – von fast 17 Prozent auf zuletzt nur noch rund 4 Prozent.

Damit steuert die öffentliche Hand in Deutschland nur noch jeden dreiundzwanzigsten Forschungseuro zu den entsprechenden Investitionen der Wirtschaft bei.

Auch im Vergleich zum Ausland ist die staatliche Unterstützung hierzulande recht bescheiden (Grafik):

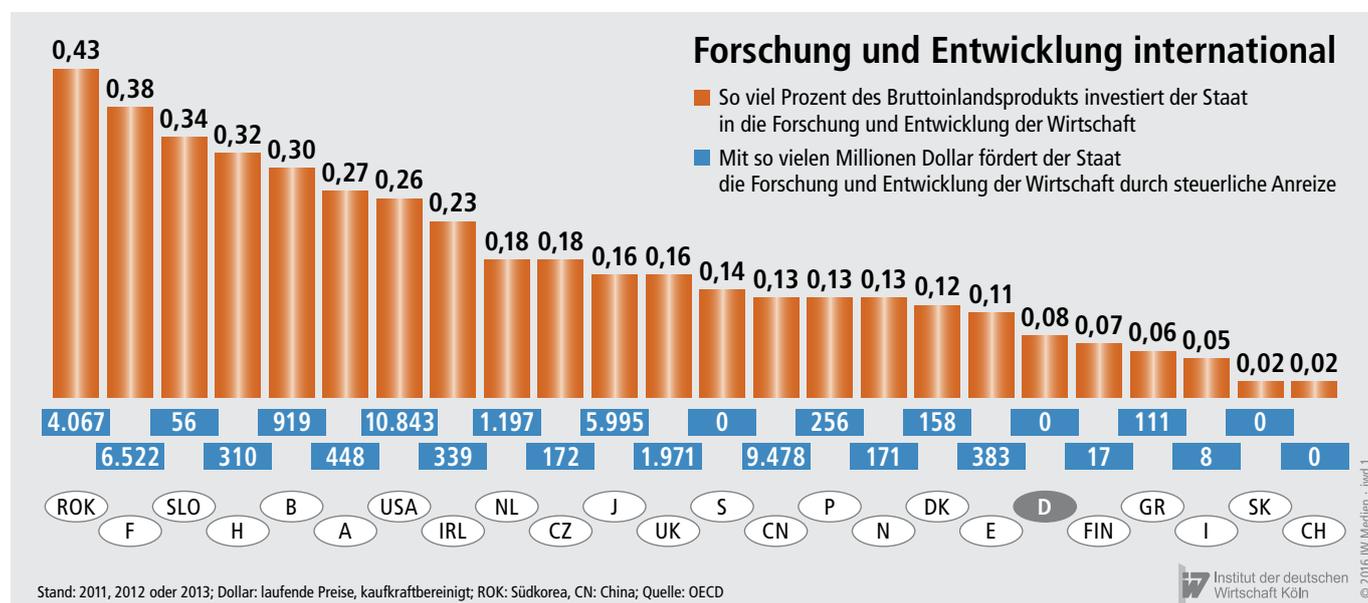
In Deutschland investiert der Staat nur 0,08 Prozent der Wirtschaftsleistung in die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Wirtschaft, in Japan ist es doppelt so viel, in den USA sogar dreimal so viel.

Dabei zeigt sich, dass die Forschungsintensität der Wirtschaft in jenen Ländern besonders hoch ausfällt, in denen auch die staatliche Unterstützung der Unternehmen bei ihren FuE-Aktivitäten hoch ist.

Wie groß der positive Einfluss des Staates auf die FuE-Investitionen

der Wirtschaft sein kann, zeigt sich auch an der steuerlichen Forschungsförderung. Während Deutschland auf jegliche Art dieser Förderung verzichtet – obwohl sie in diversen Koalitionsverträgen der jüngeren Vergangenheit vereinbart wurde –, hat Österreich vorgemacht, dass es auch anders geht. Im Jahr 2000 hat Wien eine umfangreiche steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen eingeführt – mittlerweile ist die FuE-Intensität der Wirtschaft von 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf gut 2 Prozent im Jahr 2013 gestiegen.

Damit forscht die österreichische Wirtschaft inzwischen intensiver als die deutschen Unternehmen, die ihre FuE-Aktivitäten im selben Zeitraum gerade einmal von knapp 1,7 auf jetzt 1,9 Prozent des BIP steigern konnten. Zudem hat Österreich auch sonst keine finanziellen Mühen gescheut, um seine forschenden Firmen zu unterstützen: Der gesamte Finanzierungsanteil des Staates an den FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors hat sich von 5,6 Prozent im Jahr 2000 auf 13,3 Prozent im Jahr 2013 mehr als verdoppelt.



Zweifelhafte Stärkungsmittel

Wirtschaftswachstum. Um einer anhaltenden Nachfrage- und Wachstumsschwäche im Euroraum entgegenzuwirken, fordern international renommierte Ökonomen unter anderem mehr Inflation und höhere Staatsausgaben. Dies könnte jedoch gravierende Folgen haben – auch für Deutschland.

Wirtschaftsfachleute debattieren seit einiger Zeit über eine Bedrohung, die sie „säkulare Stagnation“ nennen – eine dauerhafte Wachstums- und Nachfrageschwäche in den Industrieländern. In Deutschland mutet das derzeit eher seltsam an, schließlich läuft die Wirtschaft hier relativ rund (vgl. iwd 48/2015).

Im Euroraum insgesamt sind die Wachstumsspielräume allerdings in den vergangenen Jahrzehnten deutlich geschrumpft (Grafik):

Bei normaler Auslastung der Produktionskapazitäten wäre die Wirtschaft in zwölf Euroländern im Zeitraum von 1965 bis 1975 um mehr als 4 Prozent pro Jahr gewachsen – seit 2009 liegt diese Potenzialwachstumsrate aber deutlich unter 1 Prozent.

Die Optimisten unter den Wirtschaftsforschern gehen zwar davon aus, dass moderne Informations- und Kommunikationstechnologien – Stichwort: Industrie 4.0 – sowie Bio- oder Nanotechnologien neue Wachstumsimpulse setzen könnten. Pessimisten halten dem allerdings entgegen, dass solche Innovationen den ohnehin technologisch fortgeschrittenen Industrieländern keine allzu großen zusätzlichen Erträge bringen würden. Zudem würde gerade in Europa die künftig schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen



higen Alter die Wachstumsspielräume verkleinern.

Einflussreiche internationale Ökonomen sind vor allem wegen der anhaltenden Nachfrageschwäche in Teilen des Euroraums besorgt. Sie glauben, dass sehr niedrige, notfalls auch negative Zinsen die Nachfrage ankurbeln würden. Weil die Europäische Zentralbank (EZB) die nominalen Zinsen kaum noch senken könne, solle sie das Inflationsziel von knapp 2 auf mehr als 4 Prozent erhöhen. Das würde den Realzins verringern, der sich aus Nominalzins minus Inflationsrate ergibt und der das Ausgabeverhalten von Verbrauchern und Unternehmen prägt.

Außerdem solle der Staat die Nachfrage durch zusätzliche öffentliche Investitionen ankurbeln. Dazu fordern die Ökonomen, EU-weite finanzpolitische Regeln wie zum Beispiel den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufzuweichen.

Eine solche Strategie ist jedoch aus mehreren Gründen problematisch. Die EZB würde ihre Glaubwürdigkeit als Hüterin der Geldsta-

bilität riskieren. Zudem ist in der Vergangenheit eine politisch gewollte höhere Inflation oft ausgeföhrt.

Die finanzpolitischen Vorgaben in der EU wieder zu lockern, wäre ebenfalls kontraproduktiv, denn das könnte das Vertrauen der Finanzmärkte in die Haushaltspolitik der Euroländer erneut schwächen. Zudem haben viele Staaten aufgrund ihrer Schuldenberge keinen Spielraum für höhere Ausgaben.

All das sehen die meisten Ökonomen in Deutschland ähnlich – doch bei internationalen Institutionen kommen die Forderungen nach mehr Inflation und höheren Staatsausgaben zum Teil erstaunlich gut an. So will etwa die EU-Kommission die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts künftig flexibler interpretieren. Folgen diesen Worten konkrete Taten und flammt daraufhin die Finanzkrise wieder auf, würden die Folgen auch Deutschland treffen.

Eingeschränkter Optimismus

IW-Verbandsumfrage 2016. Trotz moderater Stimmung rechnet die Mehrzahl der deutschen Wirtschaftsverbände für das Jahr 2016 mit einem Anstieg der Produktion. Viele Unternehmen werden voraussichtlich auch mehr investieren als im vergangenen Jahr. Mehr Beschäftigung ist dagegen nicht zu erwarten.

Das Muster der Konjunktur in Deutschland sieht derzeit aus wie ein Wellblechdach – mal geht es ein bisschen rauf, mal ein bisschen runter. Dieser Befund spiegelt sich in der aktuellen Befragung von 46 Wirtschaftsverbänden durch das IW Köln wider (Tableau). Zwar sprechen lediglich 13 Verbände von einer Verschlechterung der Stimmungslage seit Anfang 2015, doch auch nur 12 von einer positiven Entwicklung.

Dennoch schauen die Verbände relativ optimistisch nach vorn:

Von den 46 befragten Wirtschaftsverbänden gehen 29 für 2016 von einer etwas höheren Produktion in ihren Unternehmen aus als im Vorjahr – nur 7 rechnen mit einem Rückgang.

Ganz ähnlich beurteilen die Verbände auch die Investitionsaussichten ihrer Mitgliedsfirmen. Während 17 Branchen damit rechnen, dass die Unternehmen 2016 mehr investieren als 2015, erwarten 5 Verbände gekürzte Budgets.

Hintergrund dieser Einschätzungen ist einerseits, dass der Konsum in Deutschland gut läuft. Den Exporteuren kommt zudem die Erholung in einigen Euroländern sowie der Aufschwung auf wichtigen Märkten wie den USA und Großbritannien zugute. Andererseits wankt die Konjunktur in großen Schwellenländern wie China. Zudem sind viele Betriebe verunsichert, weil sie die Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung und der Terror-

risiken auf die Wirtschaft nur schwer abschätzen können.

Hinzu kommt, dass vor allem den personalintensiven Branchen der Mindestlohn zu schaffen macht. Daher halten sich in Sachen Arbeitsmarkt zuversichtliche und skeptische Einschätzungen die Waage – fast die Hälfte der Verbände geht von einer konstanten Beschäftigung aus.

Die Perspektiven einiger Wirtschaftszweige im Detail:

• **Maschinenbau.** Die deutschen Firmen dürften auch 2016 von der stärkeren Nachfrage aus den USA und mehreren EU-Ländern profitieren. Ein spürbares Wachstum ist trotzdem wenig wahrscheinlich, weil die Exporte in viele Entwicklungs- und Schwellenländer nochmals leicht sinken könnten. Der schwache Euro wirkt sich nach Einschätzung der Branche nur begrenzt aus.

• **Chemische Industrie.** Niedrige Zinsen, billiges Öl und der Eurokurs geben der Chemiebranche auch 2016 einen Schub. Investieren werden die Firmen aber eher im Ausland, vor allem wenn es um energieintensive Produktionsanlagen geht.

• **Finanzsektor.** Getrübt wird die Stimmung vor allem der Banken durch die Niedrigzinspolitik der EZB und zusätzliche regulatorische Auflagen. Die Investitionen dürften aufgrund der Digitalisierung in der Branche zwar steigen, der Kostendruck aber erzwingt tendenziell einen weiteren Beschäftigungsabbau.

IW-Verbandsumfrage 2016



Wirtschaftszweig
1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Mineralölverarbeitung
4. Steine- und Erden-Industrie
5. Eisen- und Stahlindustrie
6. NE-Metallindustrie
7. Gießereien
8. Chemische Industrie
9. Forschende Pharmaunternehmen
10. Gummiverarbeitung
11. Stahl- und Metallverarbeitung
12. Maschinen- und Anlagenbau
13. Automobilindustrie
14. Luft- und Raumfahrzeugbau
15. Schiffbau und Meerestechnik
16. Elektroindustrie
17. Feinmechanik und Optik
18. Keramische Industrie
19. Glasindustrie
20. Holzverarbeitung
21. Kunststoffverarbeitung
22. Papierverarbeitung
23. Papierfabriken
24. Lederindustrie
25. Druckindustrie
26. Ernährungsindustrie
27. Bauindustrie
28. Baugewerbe
29. Handwerk
30. Entsorgungswirtschaft
31. Groß- und Außenhandel
32. Einzelhandel
33. Speditionen
34. Banken
35. Sparkassen
36. Volksbanken
37. Investment
38. Leasing
39. Versicherungswirtschaft
40. Gastgewerbe
41. Zeitschriftenverlage
42. Tourismus
43. Informationswirtschaft
44. Messewirtschaft
45. Werbewirtschaft
46. Immobilien
Insgesamt

Warum ist die Inflation so niedrig?

Geldpolitik. Seit längerem versucht die Europäische Zentralbank (EZB) fast schon verzweifelt, eine Inflationsrate von „unter, aber nahe 2 Prozent“ zu realisieren. Diese Teuerungsrate gilt als optimal – ist aber derzeit offenbar unerreichbar. Die Geldpolitik hat vielmehr zunehmend Schwierigkeiten, eine Deflation, also einen umfassenden Preisrückgang, zu verhindern.

Um das ganze Dilemma zu erfassen, in dem die EZB steckt, muss man ein paar Jahrzehnte zurückschauen. In den 1970er und 1980er Jahren war nicht Deflation, sondern eine hohe Inflation das Hauptproblem vieler Industrieländer. In den USA etwa lag die Teuerungsrate im September 1981 bei 11 Prozent.

Entsprechend hoch waren auch die Zinsen: Die Rendite auf US-Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren betrug 15,8 Prozent, der US-Leitzins 10,3 Prozent.

Heute ist es praktisch umgekehrt: Die US-Inflationsrate liegt bei nur 0,1 Prozent, Staatsanleihen notieren bei 2,3 Prozent und der US-Leitzins ist vor kurzem von durchschnittlich 0,1 Prozent auf 0,25 bis 0,5 Prozent erhöht worden – das war die erste US-Zinserhöhung seit Juli 2006.

Im Euroraum ist die Situation noch angespannter. Die EZB erhebt seit einhalb Jahren sogar negative Zinsen, also eine Art Strafzinsen für Geld, das die Geschäftsbanken vorübergehend bei der EZB anlegen. Hinzu kommt, dass sämtliche Einflussfaktoren, die üblicherweise zu Inflation führen, derzeit in die entgegengesetzte Richtung zeigen:

Ausgelastete Kapazitäten schaffen Spielräume für Preiserhöhungen. Das schwache Wachstum im Euroraum lässt derzeit aber keine Preiserhöhungen zu.

Inflationsraten steigen in der Regel nur langsam, da nicht alle Firmen gleichzeitig ihre Preise erhöhen. Bis aus den aktuell 0,1 Prozent Inflation 2 Prozent werden, wird es also dauern. Hinzu kommt: Wird allgemein eine hohe Inflationsrate erwartet, besteht für die einzelnen Wirtschaftsteilnehmer der Anreiz, ihre Preise zu erhöhen. Für 2016 und 2017 liegen die Inflationserwartungen aber nur bei 1 und 1,5 Prozent.

Hohe Energiepreise können auf den Endkunden überwältigt werden. Aktuell ist Energie wegen des niedrigen Ölpreises aber extrem billig.

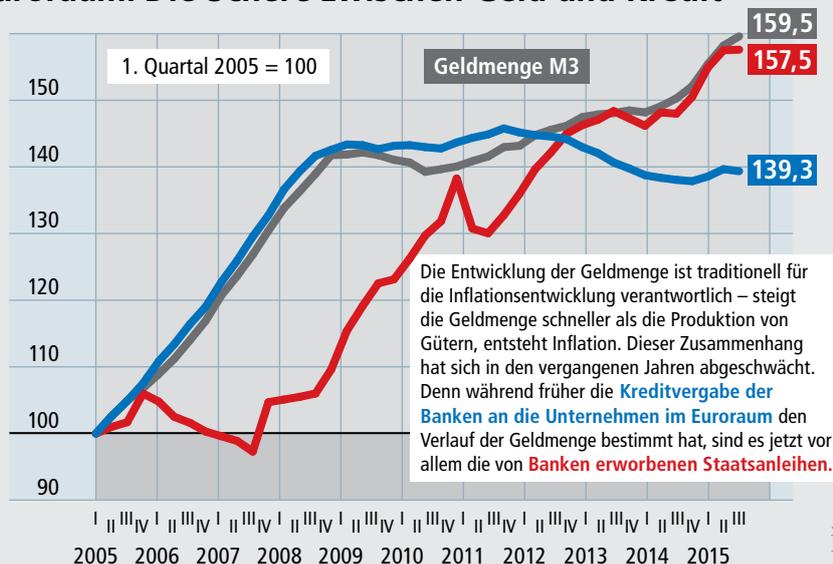
Starkes Geldmengenwachstum führt ebenfalls zu Inflation. Aufgrund der Bankenkrise und der geringen Kreditvergabe expandierte das Geldvolumen aber lange Zeit kaum. Zwar wächst die Geldmenge derzeit wieder schneller. Die Ursache dafür ist aber nicht – wie sonst üblich – die Kreditvergabe der Banken, sondern der vermehrte Kauf von Staatsanleihen (Grafik). Und auch dafür gibt es einen Grund: Anders als Kredite müssen die Käufe von Staatsanleihen von den Banken nicht mit Eigenkapital hinterlegt werden (vgl. iwd 42/2015).

Die höhere Geldmenge kommt also nicht über Kredite in der Wirtschaft an und wird folglich auch nicht inflationswirksam.

Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass die Unternehmen im Euroraum nur zögerlich investieren. Ohne Investitionen fehlt der Eurozone aber das Wachstum – deshalb besteht sogar eine Deflationsgefahr.



Euroraum: Die Schere zwischen Geld und Kredit



Geldmenge M3: vor allem Bargeld, Guthaben auf Girokonten, Tagesgeld, Spareinlagen und kurzfristige Bankschuldverschreibungen; Ursprungsdaten: Europäische Zentralbank

Was kostet die Flüchtlingshilfe?

Asylbewerber. Die Ausgaben für Hartz IV und Integrationsmaßnahmen werden den deutschen Fiskus in diesem Jahr viele Milliarden Euro kosten. Je schneller die Zuwanderer integriert und fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden, desto eher erhält der Staat für sein Geld eine Rendite.

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland fast so viele Asylanträge gestellt worden wie in den fünf Jahren zuvor zusammen. Und ein Ende ist offenbar nicht in Sicht. Das fordert die deutsche Volkswirtschaft heraus: Die Menschen brauchen zum Beispiel ein Dach über dem Kopf, Verpflegung, Medikamente und ärztliche Betreuung.

Und um ihr Leben in Deutschland möglichst bald aus eigener Kraft finanzieren zu können, müssen die Asylsuchenden schnell die deutsche Sprache lernen, sich in der Gesellschaft zurechtfinden und beruflich weiterqualifizieren. Der Nachwuchs der Flüchtlinge muss ebenfalls betreut werden.

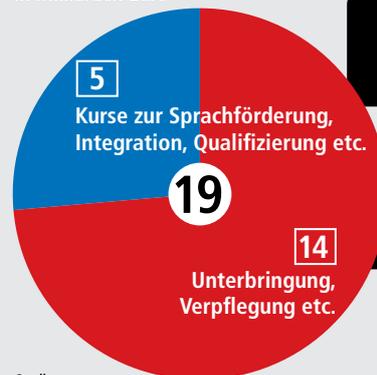
Dafür sind neue Wohnungen, Sprach- und Integrationskurse, Aus- und Weiterbildungen sowie eine gute Gesundheitsversorgung notwendig. Das kostet:

Für jeden Flüchtling muss der Staat zunächst rund 1.000 Euro pro Monat für Unterkunft, Versorgung und Betreuung in einem der Erstaufnahmelager ausgeben.

Bis ein Asylantrag überhaupt gestellt werden kann, vergeht vielerorts oft geraume Zeit, danach folgt immer noch das monatelange Warten auf den Bescheid.

Was der Staat für Flüchtlinge ausgibt

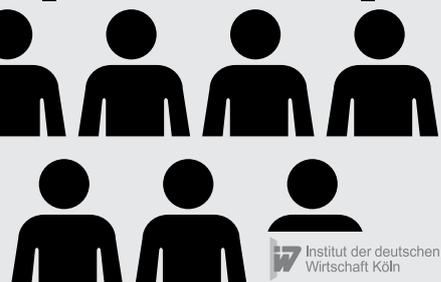
Geschätzte Staatsausgaben für die Flüchtlingshilfe im Jahr 2016 in Milliarden Euro



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Zum Vergleich: Ausgaben für Hartz IV in Milliarden Euro



Die meisten Flüchtlinge können wahrscheinlich aufgrund der Kriege in ihren Heimatländern in Deutschland bleiben. Und mit dem Bleiberecht wechselt ihr Status: Statt des Asylbewerberleistungsgesetzes gilt für sie dann wie für Deutsche das Sozialgesetzbuch II.

Da nur wenige Flüchtlinge sofort einen Job finden dürften, werden die meisten erst einmal zu Hartz-IV-Empfängern.

Dabei ändert sich an den Ausgaben des Fiskus von durchschnittlich 1.000 Euro je Flüchtling und Monat nicht viel. Bei einer Familie ergeben sich aber immerhin Synergieeffekte für Unterkunft und Verpflegung – für eine vierköpfige Familie beispielsweise dürften die entsprechenden Ausgaben nicht über 2.000 Euro monatlich hinausgehen.

Insgesamt werden im Jahr 2016 im Durchschnitt vermutlich ungefähr 1,2 Millionen Flüchtlinge in Deutschland Sozialleistungen beziehen. Dadurch ergeben sich nach ei-

ner Schätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln für den Staat Kosten von insgesamt etwa 14 Milliarden Euro.

Gemessen an den bisherigen Ausgaben für Hartz IV wäre das ein Plus von einem Drittel.

Hinzu kommen Kurse zur Integration und Berufsqualifizierung – dadurch entstehen dem deutschen Staat weitere Kosten in Höhe von rund 5 Milliarden Euro (Grafik).

Damit die Ausgaben für die Flüchtlingshilfe schon 2017 spürbar zurückgehen, müssen möglichst viele Flüchtlinge schnell den Schritt auf den Arbeitsmarkt schaffen. Dazu gehört auch, dass flexible Beschäftigungsformen wie die Zeitarbeit nicht unnötig reguliert werden.

Davon hätten am Ende alle Beteiligten etwas: Die Unternehmen bekämen zusätzliche Fachkräfte, die Flüchtlinge könnten ein selbstbestimmtes Leben führen und der Staat würde über Steuern und Sozialabgaben zumindest einen Teil seiner Ausgaben wieder hereinholen.



Zehn Fragen zur Konjunktur

Gedämpfte Zuversicht

Investitionsgüterhersteller. In zahlreichen Ländern läuft die Investitionskonjunktur derzeit nur schleppend. Auch in Deutschland zögern viele Firmen, ihre Fertigungskapazitäten zu erweitern oder zu modernisieren. Die deutschen Hersteller von Investitionsgütern blicken vor diesem Hintergrund mit etwas gedämpfter Zuversicht auf das neue Jahr.

Mehr als 2.900 Unternehmen in der Bundesrepublik hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln vor kurzem zu ihren Geschäftserwartungen für das Jahr 2016 befragt (vgl. iwd 48/2015). Die Antworten der 458 Produzenten von Maschinen, Anlagen und anderen Investitionsgütern weichen zum Teil deutlich vom Durchschnitt ab (Grafik):

Der Anteil der Unternehmen, die für 2016 eine steigende Produktion erwarten, ist im Investitionsgüterbereich mit 43 Prozent größer als in der Gesamtwirtschaft – zugleich gibt

Konjunktur: Die Sicht der Investitionsgüterfirmen

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2016 eine

■ Abnahme der ... ■ Zunahme der ...

	Hersteller von Investitionsgütern		Alle Industrieunternehmen		Gesamtwirtschaft	
Produktion	17,4	43,3	17,0	39,2	14,2	37,6
Exporte	15,2	38,0	15,6	33,0	12,3	25,8
Investitionen	21,7	31,7	23,8	33,0	18,7	34,6
Beschäftigung	19,4	25,0	19,1	21,7	16,8	28,1

Rest zu 100: gleichbleibend

Quelle: IW-Befragung von 2.923 Unternehmen in Deutschland im Oktober/November 2015

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwd 1 - Foto: MEY

es in der Branche mit 17 Prozent aber auch mehr Skeptiker.

Die Exportperspektiven wiederum werden von den Investitionsgüterfirmen besser beurteilt als von der Gesamtwirtschaft, die Einschätzungen zur Beschäftigungsentwicklung fallen dagegen vorsichtiger aus.

Ausschlaggebend für diese eingeschränkte Zuversicht ist sicherlich das für die stark exportorientierten Investitionsgüterhersteller schwierige globale Umfeld. Zwar hat sich die Konjunktur im Euroraum stabilisiert und in einigen großen Industrieländern wie den USA wächst die Wirtschaft nach wie vor.

Doch gerade in Schwellenländern wie China, die lange Zeit ein Motor der Weltwirtschaft waren, gab es zuletzt konjunkturelle Rückschläge. Zusammen mit den zahlreichen politischen Krisenherden rund um den Globus verunsichert das die Unter-

nehmen. Die Folgen waren bereits im Jahr 2015 zu erkennen (vgl. iwd 45/2015):

Weltweit sind die Bruttoinvestitionen im vergangenen Jahr um mehr als 800 Milliarden Dollar auf schätzungsweise gut 18,5 Billionen Dollar gesunken.

Auch in Deutschland wird das Investitionsklima durch die globalen wirtschaftlichen und politischen Risiken beeinflusst. Zudem sind die Kapazitäten in der Industrie derzeit eher durchschnittlich ausgelastet, sodass Erweiterungsinvestitionen meist nicht auf der Agenda stehen. Und der viel beschworene Trend zur Digitalisierung der industriellen Produktion hat zumindest bis zuletzt noch keinen Investitionsschub ausgelöst – vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen ist die sogenannte Industrie 4.0 oft noch nicht strategisch verankert.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.